

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 35 Pfg., Verlags- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 28.

Sonnabend, den 2. Februar 1918.

25. Jahrg.

## Wo ist die Zivilregierung?

Eine große Streikbewegung durchflutet Deutschland. Man mag sie billigen, hinnehmen oder verfluchen, an der Tatsache kennt man nicht vorbei. Man mag jubeln, daß die Erwartungen der „Drahtzieher“ auf einen Generalstreik fehlgeschlagen seien, daß die Arbeit hier und dort wieder aufgenommen worden sei, aber das ändert nichts daran, daß Hunderttausende im Ausstand stehen. Und gerade wenn man der Ueberzeugung ist, daß diese Ausstände unmöglich der Sache des ganzen deutschen Volkes nützen können, eine Auffassung, die man bei der Regierung doch wohl ohne weiteres voraussetzen muß, ist ohne weiteres die Pflicht gegeben, alles zu tun, um die Streiks zu einem raschen Ende auf der ganzen Linie zu bringen.

Jeder, der im öffentlichen Leben etwas zu sagen hat, hat zu dem Streit Stellung genommen. Hirsch-Dundersche und christliche Gewerkschaften, sowie die Polnische Berufsvereingung haben vor dem Ausstand gewarnt, allerdings ehe er im Gange war. Die Parteien haben je nach ihrem Standpunkte gut zugeredet, doch eine Verständigung anzubahnen oder gehen und mit Feuer und Schwert gedroht. Das Oberkommando hat die Streikleitung aufgelöst, die Versammlungen verboten und das Gewerkschaftshaus besetzt. Die Maßnahmen haben natürlich nicht dazu beigetragen, die Stimmung der Arbeiter friedlicher zu gestalten; aber das Oberkommando hat die Entschuldigung für sich, daß es eine militärische Behörde ist, welche die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der äußeren Ruhe und Ordnung trägt. Nach diesem etwas engen polizeilich-militärischen Gesichtspunkt hat es gehandelt und wird es voraussichtlich auch weiter verfahren.

Die Bewegung, die jetzt im Gange ist, ist indessen keine Verletzung der äußeren Ordnung, sondern politischer Streik. Er richtet sich mit seinen Forderungen nicht an die Polizei oder an das Militär, sondern an die Regierung. Die Regierung aber ist seit dem Montag des Streikbeginnes vollkommen verschwunden. Lebt sie noch? Ist überhaupt noch eine Zivilregierung da?

Die einzige Lebensäußerung, die bisher von der Reichsregierung kam, war der Entscheid des Staatssekretärs Wallraf, die Streikkommission nicht zu empfangen. Daß diese Abgabe unklug war, dürfte man heute bereits auch bei der Regierung wissen. Wahrscheinlich würden sich heute längst alle Räder wieder drehen, wenn die Regierung nicht von vornherein eine Verständigung erschwert hätte.

Nun darf die Regierung aber unmöglich sich weiter unsichtbar machen und so tun, als ob sie mit der größten politischen Massenbewegung, die Deutschland bisher während des Krieges erlebt hat, nichts zu schaffen hätte. Eine solche Haltung mag bequem sein, aber sie führt nicht zum Ziel. Angenommen selbst, der Streik bröckelt in Berlin allmählich ab, wozu bisher nichts zu merken ist, zugegeben selbst, daß man in Danzig oder Nürnberg allgemein die Arbeit wieder aufgenommen hat, so sind an anderen Orten neue Teilstreiks ausgebrochen.

Die Regierung vergibt sich nicht das mindeste, wenn sie die Wünsche der Streikenden anhört und sachlich dazu Stellung nimmt. Kann eine Verständigung nicht erreicht werden, glaubt die Regierung kein Entgegenkommen zeigen zu können, so ist noch immer Zeit, Macht gegen Macht zu setzen, wobei man sich darüber klar sein muß, daß dieser Machtkampf auf dem Rücken Deutschlands ausgefochten wird und die Friedensaussichten, wie die Siegesaussichten keinesfalls dabei gebelien. Jedenfalls aber ist es Sache der Regierung, sich nicht hinter ein formelles Nein zu verschließen, sondern ihrerseits eine ernsthafte Tätigkeit zu entfalten, um die Streikjahre zu bannen.

Die Regierung hat schon vor Beginn des Streiks viel versäumt. Wäre sie, was gewiß nicht schwer war, über die Stimmung der Massen richtig unterrichtet gewesen, hätte sie vielerlei tun können, um dem Ausbruch der Unzufriedenheit zuvorzukommen. Seit Streikbeginn hat sie aber überhaupt noch nichts getan; sie sollte diesen Zustand selbst als beschämend empfinden, indem sie sich völlig ausschaltet und es einfach dem Militär überläßt, mit dem Streik fertig zu werden, so gut oder so schlecht die Oberkommandos das eben verkehren. Wenn in der Regierung ein politischer Kopf ist, dann muß er jetzt erkennen, daß es bei diesem Streik und der Art seiner Beilegung um Entscheidungen geht, die für Deutschlands ganze Zukunft von weitreichender Bedeutung sind. Einfach die Hände in den Schößen zu legen und die Dinge laufen zu lassen, wie sie gehen, oder wie die Militärbefehle sie zu schieben gedenten, müßte für die Regierung etwas Unerträgliches sein. Es ist höchste Zeit, daß die Herren in den Reichsämtern ein wenig Zivilcourage zeigen und das Maß von Verantwortung übernehmen, das auf sie fällt.

## Streiks im Kriege.

Wenn bis tief in das vierte Kriegsjahr hinein Deutschland von größeren und allgemeinen Arbeitseinstellungen verschont geblieben ist, so liegt das ganze gewiß nicht an einer besonders umsichtigen Arbeiterversorge, deren wir uns zu erheben gehabt hätten, sondern an der besten Ueber-

zeugung der deutschen Arbeiterklasse, daß ihre eigene Sache durch eine Niederlage Deutschlands auf das schwerste gefährdet werden würde. Die deutschen Arbeiter haben es daher an Opferwilligkeit wahrlich nicht fehlen lassen. Und nicht das kleinste ihrer Opfer bestand darin, daß sie während des Daseinstampfes, den Deutschland zu führen hat, auf die Ausnützung ihrer wirtschaftlichen Machtmittel verzichteten und sich mit den Ergebnissen gütlicher Vereinbarungen mit den Unternehmern zufrieden gaben. Die Spannung zwischen dem auf diesem Wege Erreichten und den Anforderungen, die an ihre Arbeitskraft und an ihren Geldbeutel gestellt wurden, hat sich indessen je länger desto mehr bis zu einem Grade gesteigert, daß jeder, dem die Lage und die Stimmung unserer Arbeiterschaft nicht fremd blieb, nur mit Besorgnis in die Zukunft blicken konnte. So viel darf gesagt werden: wäre in Friedenszeiten den Arbeitern eine solche Summe von Leistungen und Entbehrungen zugemutet worden, wie jetzt in der Kriegszeit, die Ausstände hätten kein Ende genommen. Nun leben wir allerdings im Kriege, im fürchterlichsten Kriege, den die Welt gesehen hat, und er schlägt dem ganzen Volk Wunden, nicht nur der Arbeiterklasse. Der Unterschied ist nur: es gibt in den anderen Bevölkerungsklassen eine auffallend große Anzahl von Leuten, die wenigstens dem äußeren Anschein nach, noch genau so wie im Frieden, manchmal vielleicht sogar besser leben. Wir brauchen heute nicht auf die Ursachen dieser Erscheinung hinzuweisen. Es sind dieselben Ursachen, die auf der andern Seite jene oben erwähnte Spannung erzeugen. Es gab und gibt Leute in großer Anzahl, denen der Krieg nicht eine Zeit allgemeiner Opferwilligkeit für das Ganze bedeutet, sondern eine skrupellos auszunützbare Gelegenheit, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern. Und wenn die arbeitende Bevölkerung, zu der wir selbstverständlich auch den kleinen und mittleren Beamtenstand, sowie die Mehrzahl der kleinen Gewerbetreibenden rechnen, solche Beispiele täglich vor Augen sieht, dann kann es nicht ausbleiben, daß ihre Bereitwilligkeit, die Härten der Kriegszeit ohne Murren zu tragen, einmal eine Grenze findet.

Es ist behauptet worden, auch die Arbeiterklasse profitiere an den hohen Kriegsgewinnen. Rein zahlenmäßig sind natürlich auch die Arbeitslöhne gestiegen. Daß diese Steigerung aber etwa dazu geführt hätte, daß nun die Arbeiter sich ebenso nähren und kleiden könnten wie früher, das wird niemand behaupten wollen.

Die Demonstrationen der letzten Tage, die in verschiedenen deutschen Großstädten stattfanden, waren der Ausdruck eines Gesamtwillens, der anders sich nicht mehr zu helfen wußte. Es liegt nahe, an eine Folgeerscheinung des österreichischen Massenanstandes zu denken, der seinen direkten Anstoß bekanntlich von einer Verkürzung der Mehrlohn erhielt. Man hat in manchen bürgerlichen Blättern Deutschlands der österreichischen Regierung schwere Vorwürfe gemacht, daß sie in einer politisch so kritischen Zeit eine derartige verbitternde Maßnahme traf. Aber statt solche nachträglichen Belehrungen nach Österreich zu richten, hätte man besser bei uns in Deutschland acht geben sollen, daß hier nicht ähnliche Streiche verübt werden. Wir haben genug gewarnt! Und wenn in den Versammlungen der ausländischen Arbeiter die bürgerliche Presse wegen ihrer Behandlung der Lebensmittelfragen scharf kritisiert wurde, so hat das gewiß seinen guten Grund darin, daß die deutschen Zeitungen zwar immer sehr vieles über Lebensmittelnot und Arbeiterausstände in England und anderen Ländern zu berichten haben, mit unseren eigenen Zuständen aber eine unangebrachte Schönfärberei treiben. Das liegt nicht im Interesse unserer Landesverteidigung. Denn dadurch wird nur das Vertrauen der Bevölkerung in die Wahrheitsliebe der Presse erschüttert. Wenn in deutschen Zeitungen fortgesetzt nur von den Ernährungsschwierigkeiten im feindlichen Ausland und von den daraus entstehenden Streiks berichtet wird, dann ist es begreiflich, das gleiche Ursachen gleiche Wirkungen auslösen.

Wir möchten der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Bewegung im allgemeinen ruhig und würdig, wie sie begonnen, auch zu Ende geführt wird. Nicht nur draußen an der Front, sondern ebenso daheim im Wirtschaftskampfe behält zuletzt die Oberhand, wer die besten Kerne hat. Die ausländischen Arbeiter haben in ihrer großen Masse bewiesen, daß sie nicht nervös sind. Man möge nun ihr Vorgehen auch ohne jede Herabsetzung beurteilen. Allerdings, wenn es nach dem Willen der „Deutschen Tageszeitung“ und ähnlicher Scharfmacherblätter ginge, dann würde gegen die ausländischen Arbeiter mit Landesverratsprozessen, statt mit sachlicher Prüfung und Koordination ihrer Wünsche und Beschwerden vorgegangen. Solche Ratschläge kann den verantwortlichen Behörden nur erteilen, wer jede Herrschaft über die eigenen Kerne und jedes Rechtsgefühl gegenüber dem eigenen Volke verloren hat. Gerade die Wirtschaftskriege, die hinter der alldeutschen Presse stehen, sollten sich gefast kein lassen: Nichtet nicht, auf daß ihr nicht gerichtet werdet!

### Ueber die Vorgänge in Berlin.

wird aus Berlin:  
PB. Berlin, 1. Februar.  
Am Donnerstag vormittag hatte sich im kleinen Tiergarten eine Menschenmenge von ungefähr 5000 Mann zusammengesammelt. Die Masse besaß sich einer mütterlichen Haltung. Die Leute ergriffen sich in kleinen Gruppen

nahmen von den anwesenden Polizisten keine Notiz. Ein paar Führer nahmen auf erhöhten Standorten Platz und ermahnten die Streikenden zur Ruhe und Ordnung. Schließlich kam es aus irgend einer nicht näher festgestellten Ursache zu einer Verkäufung. Doch verlief die Sache allgemein ruhig.

Gegen 10 Uhr bewegte sich ein Zug von etwa 20 000 Menschen, meist Arbeiter Charlottenburger Werke, durch die Kaiserin-Augusta-Allee nach der Gokhowsky-Brücke. Kurz vor der Brücke trat der Zug ein Polizeileutnant mit 6 Mann entgegen. Die Polizisten zogen sofort blank. Die Massen suchten die Polizeikette durchzudringen, worauf die Polizisten von ihren Revolvern Gebrauch machten und sofort feuerten. Die Zahl der verletzten Arbeiter ist unbekannt. Auf der Seite der Polizei sind der Leutnant und zwei Polizisten niedergeschossen worden. Unsere Gewährsleute erklären, daß aus der Menge kein Schuß gefallen ist. Es ist anzunehmen, daß Kugeln der vielen, von den Polizisten abgegebenen Schüsse von den Häuserwänden abgeprallt sind und die Schaulente getroffen haben, oder daß die Schüsse, bei denen fürchtbare Aufregung beobachtet worden ist, sich gegenseitig angelassen haben. Die Schaulente hatten vor einem Fleischerladen Stellung genommen, um Rückenbedeckung zu haben. Die Menge warf nun die Scheiben der Ladenfenster ein, und die Scheiben fielen auf die Schaulente. Aus der Menge drangen einige in den Laden und nahmen von den dort vorhandenen Fleischwaren an sich. Doch wurde aus der Menge dagegen Protest erhoben und die paar Leute mußten das entwendete Gut wieder an Ort und Stelle bringen. Im weiteren Verlaufe der Vorgänge sind sodann vier Straßenbahnwagen umgeworfen und weitere fünfzehn Wagen betriebsunfähig gemacht worden durch Entfernung der Konstruktions- und Wegnahme der Korb.

Später ist die Menge an der Ottostraße wieder auf Schaulente gestiegen. Auch hier hat die Polizei geschossen. Ein Polizist ist so schwer verwundet worden, daß er weggetragen werden mußte. Von den vielen Opfern bei diesem Zwischenfälle ist nichts bekannt geworden.

### Militarisierung Berliner Betrieb

W.B. Berlin, 1. Februar. Der Oberkommandierende der Marine erläßt folgende Bekanntmachung: Die Auslandsbewegung, worin ein Teil der Arbeiterschaft von Groß-Berlin nach verharnt, beeinträchtigt die Versorgung des Seeres und der Marine mit Waffen und Munition. Ich stelle daher zunächst folgende Betriebe: 1. Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in Mortinienfelde und Wittenau, 2. Berliner Maschinenbau-A.-G. vorm. S. Schwarzkopf-Berlin, 3. H. Borjig-Berlin-Regel, 4. Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft, Zabrücken Henningsdorf, 5. Argus-Motoren-Gesellschaft, Berlin-Reinickendorf, 6. Luftverkehrs-Gesellschaft, Berlin-Johannistal, 7. Deimler - Motoren - Gesellschaft, Zweigniederlassung Berlin-Mariensfelde, unter militärische Leitung und habe den Arbeitern dieser Betriebe aufgegeben, die Arbeit spätestens am Montag, 4. Februar 1918, bis morgens 7 Uhr wieder aufzunehmen. Zuwiderhandelnde sehen sich schwerer Bestrafung nach den Vorschriften des Belagerungsgesetzes aus. Die Wehrpflichtigen unter ihnen werden außerdem militärisch eingezogen werden.

### Reichstagsabgeordneter Dirksmann

ist nach einer Berliner Meldung verhaftet worden, weil er verurteilt hatte, in einer unerlaubten Volksversammlung in Teltow zu sprechen.

### Die Haltung der Regierung.

Antik wird aus Berlin gemeldet:  
Gegenüber den Arbeitseinstellungen in Groß-Berlin vertritt die Regierung von vornherein den Standpunkt, daß sie nicht in der Lage sei, mit dem streikenden Arbeiter ohne jede geschickliche Verhandlungsgewinn „Arbeiterräte“ in Verhandlungen über politische Fragen einzutreten. Dagegen belandete sie stets ihre Bereitwilligkeit, die Lage mit den politischen und gewerkschaftlichen Führern der Arbeiterschaft zu klären. Diese Grundzüge drückte am gestrigen Tage auch der Reichskanzler bei seiner Besprechung mit den Abgeordneten Bauer und Schmidt aus. Er erhielt indessen bald darauf ein von den Abgeordneten Ebert, Haase, Ledebour und Scheidemann unterzeichnetes Telegramm, worin diese ihn ersuchten, zusammen mit fünf Funktionären der Gewerkschaftsorganisation, die von den Streikenden als ihre Vertrauenspersonen bezeichnet seien, vom Kanzler empfangen zu werden, und zwar zunächst zur Erörterung des Berichtigungsrechtes. Da dieses Ersuchen mit der oben dargelegten grundsätzlichen Stellungnahme der Regierung nicht in Einklang zu bringen war, ließ der Reichskanzler mit dem Vorbehalt erwidern, daß an der gewünschten Besprechung je zwei Vertreter der beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen und der Generalkommission der Gewerkschaften teilnehmen sollten. Er stellte zugleich anheim, den Leitern der gewerkschaftlichen Organisation zu ihrer Unterstützung noch drei andere Vertreter der Gewerkschaften beizugeben. Die Gegenseite ging jedoch darauf nicht ein, sondern schlug nunmehr vor, eine Abordnung aus je zwei Vertretern der beiden Reichstagsfraktionen und aus drei der in dem oben erwähnten Telegramm bezeichneten Gewerkschaftsfunktionären zusammenzusetzen. Unter den beiden Reichstagsfraktionen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion sollte sich der Abgeordnete Bauer befinden, der zwar der Generalkommission der Gewerkschaften angehört, jedoch als Vertreter der Parteileitung an den Besprechungen teilnehmen sollte. Die vom Reichskanzler vorgeschlagene Zusammensetzung der Gewerkschaftsdelegation sollte mit diesen Bestimmungen übereinstimmen. Der Reichskanzler konnte sich mit diesem Vorschlag nicht abfinden. Der Reichskanzler konnte sich mit diesem Vorschlag nicht abfinden.















Politische Rundschau.

Deutschland.

Arbeitervertreter im Finanzrat.

Dem Reichsfinanzamt, das bekanntlich nach dem Kriege gewaltige finanzielle Aufgaben zu lösen haben wird, ist ein 24gliedriger Finanzrat beigegeben worden, dem neben Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und der Finanzen, auch Arbeitervertreter angehören werden. Wie wir hören, sind als Arbeitervertreter der Genosse Schiessel, sowie Herr Stegerwald von den christlichen Gewerkschaften berufen worden. Wie wir vernahmen, soll der genannte Rat keine Instanz auf gesetzlicher Grundlage darstellen, sondern nur eine Erweiterung und Verbesserung des inneren Apparates. Er soll Vorschläge nehmen mit Sachverständigen der Praxis, Wünsche in Finanz- und Steuerfragen entgegennehmen und die Möglichkeit bilden, noch weitere Sachverständige gutachtlich zu vernehmen.

Der Verfassungsausschuss des preussischen Abgeordnetenhauses hat die Debatte über die Vertretung der Berufsstände beendet. Zu einem Beschlusse ist der Ausschuss nicht gekommen, vielmehr wurden alle Anträge einer Unterkommission überwiesen, die am nächsten Mittwoch Bericht erstatten soll. Ueber die Frage der Zuziehung von Arbeitervertretern und darüber, ob Arbeiter im Herrenhaus sitzen sollten, haben sich keine Meinungsverschiedenheiten ergeben. Die Meinungen gingen nur darüber auseinander, wieviel Sitze man den Arbeitern zubilligen solle und ob man ihnen ein gesetzliches Recht auf Vertretung einräumen oder sie auf die königliche Berufung verweisen wolle. Für gesetzliches Recht auf Vertretung plädierten die Sozialdemokraten, Fortschrittler, das Zentrum und die Nationalliberalen. Diese Parteien beantragten das Recht auf Vertretung damit, daß es viel wichtiger sei, daß Arbeitervertreter das Vertrauen ihrer Klassenossen, als das des Königs genießen. Den gegenteiligen Standpunkt vertraten die beiden konservativen Fraktionen.

Zur Reichstagswahl in Niederbarnim.

Um das Reichstagsmandat des verstorbenen Abgeordneten Stadthagen für Niederbarnim wird ein heisser Kampf entbrennen, da möglicherweise neben dem Genossen Wissell und dem „Anabhängigen“ Dr. Breitscheid noch ein dritter sich Sozialdemokrat nennender Kandidat auf der Bildfläche erscheinen wird. Verzichtens macht Franz Mehnert, der selbst „unabhängiger“ Vertreter im preussischen Abgeordnetenhause ist, dafür im Sitzgarter „Sozialdemokrat“ Stimmung. Er deutet an, daß die „Gruppe Internationale“, die sich selbst für viel radikaler als die Saale-Gruppe hält, die Kandidatur Breitscheids bekämpfen werde. Er schreibt: „Was an dem ganzen Fall Breitscheid interessiert, ist die allmähliche Verschiebung der Unabhängigen Sozialdemokratie nach rechts, gegen die wenigstens diejenigen ihrer Mitglieder, die zur „Gruppe Internationale“ gehören, sich zu wenden ebenso berechtigt, wie verpflichtet sind. Sie wären Toren, wenn sie ruhig mit ansehen wollten, daß einer der sichersten unter den Wählkreisen der Unabhängigen Sozialdemokratie mit einer durchaus radikalen Wählerkraft einen parlamentarischen Vertreter erhalten soll, der... doch immer auch während seiner knappen Parteitätigkeit eine verhängnisvolle Neigung gezeigt hat, nach rechts zu flüchten.“

Nach Ansicht Mehrings würde durch die Kandidatur Breitscheids ein vollkommen schiefes Bild von den inneren Zuständen der Partei entstehen. Das ist aber am besten zu vermeiden dadurch, daß der Sozialdemokrat Genosse Wissell gewählt wird.

Bermuth fürs freie Wahlrecht.

Bei der Kaisergeburtstagsfeier, die die Städtischen Behörden am Sonntag in der Halle des Berliner Rathauses abhielten, kam Oberbürgermeister Werrnuth in seiner Festrede auf das gleiche Wahlrecht zu sprechen. Er sagte: „Dem Ausspruch vom 4. August 1914 ist das Versprechen vom 11. Juli 1917 gefolgt. Die Treue zu dem ersten Wort hat das zweite Wort erzeugt, kein Zwang der Lage. So Jorge nun,

Handel und Wandel.

Von F. W. Saaländer.

18. Fortsetzung.  
Hatte Jungfer Barbara bisher schon grimmig dreingehaut, so zog sie bei dieser Aussage wider Philipp ihre Augen und Mundwinkel noch enger zusammen. Der Unglückliche wagte nicht einmal zu leugnen, er fürchtete, der schredliche Nachbar möchte noch mit andern herausrücken, mit andern, viel Schlimmerem, was einstens bei einem solchen Besuch im Zimmer des Doktors vorgefallen war. O hätte Barbara in diesem Augenblick ihren Zorn verschluckt und wäre vom Fenster zurückgetreten, statt daß sie dem Doktor ziemlich unerbittlich sagte: wenn ich auch Philipp wirklich eine Uebereilung habe zuzulassen kommen lassen, so sei er wahrscheinlich von ihm verführt worden; was aber meine Person betreffe, legte sie mit erhobener Stimme hinzu, so sei ich einer der vielversprechendsten jungen Taugenichtse, die es gebe.  
Das war zu viel für meinen Freund, den Doktor; er griff mit der Hand hinter sich, ergriffte eine alte, rostige Pistole, die an einem Nagel neben dem Fenster hing, und richtete sie plötzlich auf Philipp, mit dem fürchterlichen Schwur, er wolle ihm, so wahr die Pistole mit zwei Augen und einigem gehauenen Blei geladen sei, den Hintern damit zerschmettern, wenn er nicht augenblicklich der Wahrheit die Ehre gebe und bekenne, ob er ihn verführt, oder ob ihn nicht vielmehr zwei schwarze glänzende Augen magnetisch angezogen.

Die Weiber haben in solchen Dingen einen merkwürdigen Scharfsinn; kaum hatte der Doktor der beiden schwarzen Augen erwähnt, so erriet Jungfer Barbara den Zusammenhang. Einen Augenblick wartete sie, schwanzte zwischen Furcht und Hoffnung, ob nicht der unglückliche Philipp diese Anklage, mit den fürchterlichsten Eiden von sich weisen werde. Mochte ihn nun aber das Bewußtsein ungeheurer Schuld oder die fürchterliche Waffe drüben mit Entschluß lähmen, genug, er nickte sein Haupt und schwieg.  
„Philipp!“ sagte jetzt Jungfer Barbara; aber sie sprach dieses einzige Wort in einem Tone, daß es klarr, als spräche Vater Thibaut: „Antworte bei dem Gott, der droben dwortet: gehörsch du zu den Heiligen und Reinen?“ Und Philipp lenkte sein Haupt noch tiefer und schwieg. Da raffte sich Barbara zusammen und drückte verzweiflungsvoll das Fenster, und plötzlich verschwand auch Philipp. Eilte er ihr nach oder erüdete ihn die Größe der Schuld auf den Boden nieder? Doktor Burbus aber erhob sich im Fenster in seiner ganzen Majestät und GröÙe und donnerte der Entsetzten nach: „Kardinal, ich habe das Meinige getan, tun Sie das Ihre!“  
Darauf zog sich vom Fenster zurück, warf sich auf einen Stuhl und sann. Dem ausgelassenen Gelächter lange nicht zu sich selber kommen. Wenn ich auch nicht so ganz mit ihm im Reinen war, was es mit den schwarzen glänzenden Augen des Doktor Burbus für eine Bewandnis hatte, so legte ich mir doch etwas in meinen Gedanken ummannt, was der Wahrheit so ziemlich nahe

wer königstreu ist, daß er dem Könige helfe, seinem Worte treu sein zu können. Das uneingelöste Versprechen liegt wie ein Block im Stromlauf. Still kammeln sich die Wasser vor dem Hemmnis, bis sie es schäumend überspülen. So wird es sein, wenn jetzt der große Anlauf steht oder mit einem Scheitern endet. Dann wird vielleicht zuweilen, sobald die äußere Lage es gestattet, die Gegenströmung einköhen. Die Wölken des GroÙs werden sich sammeln, der Reif des Habers die Blüte der großen Frühlingzeit hernagen und verkümmern. Und kommen wird doch, was verhofft war, nur nicht als Gabe freier Ueberzeugung, als Zeichen der Einheit, sondern im Ringen von Macht gegen Macht. Die da Kämpfe meiden wollen, werden Kämpfe entfachen. Das Schlimmste aber, Streit und Mißbehagen werden sich an die Person des Monarchen festklammern. Sie sollen es doch nur mit der Freiheit wagen, die ängstlich Befürchten, die den Halt im Liegewordenen engeren Raum ungenz preisgeben. Bald wird Geist und Bewegung dem breitesten Tummelplatze angetrieben sein. Das alte Kreuzschwert ist so leicht nicht unter; es wird mit keinen kühnen Einwirkungen auch den neuen Stoff durchdringen. Nur muß kühnes Vertrauen auf die starke innere Gemeinheit unseres Volkes walten, nicht die Berechnung des Wohlwollens. Am eigenen Haarbüschel hat sich ruher dem seltsamen Münchshäuten bisher noch niemand in die Höhe gezogen; aber dem, der sich nicht überwinden, erwünscht Gewinn auch in der Welt der harten Wirklichkeit. Wenn alle sich gleich berechnigt und gleich verantwortlich zusammenfinden, dann wird Wirkungskreis und Einfluß auch dem einzelnen vermehrt.“  
Hört es, ihr Mächtigen!

Ein offener Brief an Staatssekretär Wallraf.

In seiner bekanntesten Rede im Hauptauschuss des Reichstags hatte sich Staatssekretär Wallraf auf seine früheren Erfahrungen mit der Arbeiterkraft berufen, die er in seiner früheren Tätigkeit als Kölnener Oberbürgermeister gemacht hatte. In einer Sitzung der Vertrauensmänner der Partei und der Gewerkschaften in Köln wurde daraufhin beschlossen, einen „offenen Brief“ an Wallraf als Antwort auf seine Ausführungen zu richten. Es heißt darin, daß die Erregung der gesamten Arbeiterklasse, nicht nur der bei uns organisierten, bis zur Sicherung der Forderungen nach besserer Entlohnung entgegenzutreten, die mangelhafte Versorgung mit den nöthigen Bedarfsartikeln, der ungeheurer Wucher. In allen diesen Zuständen trage die Regierung einen großen Teil der Schuld. Während eine kleine Schicht sich mächtig bereichere, während diese Kreise in aufreizender Weise Luxus trieben, verarmten große Volksmassen, und die größten Entbehrungen würden von den Angehörigen der Volksgruppen getragen, die draußen das Land mit dem Leben schühen. Dann heißt es:

„In der Freiensfrage und in den Fragen der inneren Neugestaltung verliert man die Arbeiterklasse irrezuführen. Offensichtlich betreiben die meisten bürgerlichen Parteien Verschleppungs- und Täuschungsmanöver, ohne daß ihnen die Regierung entgegentritt. Die sogenannte Vaterlandspartei hat durch ihr herausforderndes Auftreten Stürme der Entrüstung entfacht. Arbeiter aller Richtungen und Weltanschauungen sind auf das äußerste entschlossen, diesen Kriesscheitern, die die Regierung über die wahre Volksstimmung täuschen, das Handwerk zu legen. Leider muß die Arbeiterklasse auch zu dem Glauben kommen, daß die Annerzionisten verstanden haben, die Reichsregierung diesen Wünschen mehr oder weniger preisge zu machen. Warnend rufen wir Ihnen, Herr Staatssekretär, zu: Das Volk denkt anders, es ist anders, als Sie und die übrigen Regierungsmänner zu glauben scheinen.“

Zum Schluß heißt es: „Da en Sie sich nicht täuschen, wenn etwa andere Arbeiterführer, die keine Massen hinter sich haben, andere Anschauungen kundgeben sollten. Es groÙt in der Tiefe! So treu wir in der Heimat und in der Front unsere Pflicht getan haben, so entschlossen lehnen wir die Verantwortung für die Rollen ab, die nach allen geschichtlichen Erfahrungen kommen müssen, wenn die noch herrschenden Klassen und die Regierung sich auf Wirklichkeits- und Verfassungsformen stützen, die zum Untergang reif sind!“

Politische Rückwirkungen.

Von einem Reichstagsabgeordneten wird dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt:

Die Streikbewegung und die Tatsache, daß sich der sozialdemokratische Parteivorstand führend daran beteiligt, hat auf die beiden anderen Mehrheitsparteien keinen geringen Eindruck gemacht. Wenn man sich auch nicht verheißt, daß nicht zuletzt die Treibereien der Deutschen Vaterlandspartei und die Verschleppungstaktik der reaktionären Mehrheit im Abgeordnetenhause in der preussischen Wahlrechtsvorlage die Veranlassung zu dem Streike gewesen sind, so hält man ihn schon deshalb für außerordentlich und bedauerlich, da er die Kräfte ermüden könnte, nimmere keinen Sonderfrieden mit uns abzuschließen. Sollte der Streik noch eine weitere Ausdehnung nehmen und unter Wirtschaftsleben schwer bedrohen, dann meint man, wäre ein Zusammengehen der Regierung sowohl wie des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei im Reichstag gefährdet. In den nächsten Tagen dürften dahingehende Parteiverhandlungen ertönen werden. Das würde eine neue politische Konstellation schaffen, die auch das Kabinett Hertling in seinem Bestand berühren könnte. Die Regierung sei jedenfalls entschlossen, der Sozialdemokratischen Streikpolitik entschieden entgegenzutreten, auch wenn sie als Folge davon auf die künftige parlamentarische Unterstützung der Sozialdemokratie verzichten müßte.

Das ist zunächst ein Führer eines fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten. In der gleichen Richtung bewegt sich eine Mitteilung der „Freiwilligen Zeitung“. Dort ist zu lesen:

Während die Christlich-Deutschen Gewerksvereine und die christlichen Gewerkschaften ihre Mitglieder vor dem Streike gewarnt, während die freien Gewerkschaften sich gegenüber dem Zustand als einer politischen Festlegungen benennenden Bewegung neutral erklärt haben, hat es die Sozialdemokratie beider Richtungen für angemessen gehalten, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Die Fortschrittliche Volkspartei ist während des Kriess wiederholt in der Lage gewesen, in der alten Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb des Parlaments zusammen zu gehen. Mit der neuen Wendung der Sozialdemokratie will sie aber nichts gemein haben, sie weist jede Verbindung mit solchen Kreisen zurück und überläßt der Sozialdemokratie die volle Verantwortung für alle Folgen, die sich aus dem Streike ergeben können.

Die Fortschrittler sind durchwegs mit Elementen, die der reaktionären Vaterlandspartei zuneigen, die wie diese in Ost und West erobern wollen und vor diesen Zielen alle inneren Reformen zurückstellen. Diese vertrappten Eroberer melden sich jetzt. Sie glauben die Stunde gekommen, in der sie sich mit Aussicht auf Erfolge vorwagen können.

Ueber die parlamentarische Konstellationen entscheiden aber politische Notwendigkeiten. Und diese sind mit Wünschen nicht zu schassen, mögen sie noch so heiß klingen.

Einstweilen bereiten die annexionswütigen Fortschrittler nur den Schaumfassern ein Bragaden. Der Jubel der Schwerindustrie und der andern Wahlrechtsgegner ertönt lauter: endlich haben wir Aussicht, die Sozialdemokratie zu isolieren und damit das freiwillige Bürgerturn zu erdrücken.

Es gibt eben so manne Fortschrittler, die in jede Falle der Reaktion blind hineintappen müssen.

Von den Kriegsschauplätzen. Frankreich und Belgien.

Der deutsche Fliegerangriff auf Paris.

Aus Paris wird amtlich gemeldet: Vier feindliche Geschwader überflogen unsere Linien nördlich Compiegne und erreichten Paris. Sie flogen wegen des klaren Himmels sehr hoch und näherten sich so dem Bezirk Paris von Osten her wobei sie nacheinander Bomben auf verschiedene Gemeinden der Pariser Banneile abwarfen. Sie überflogen hierauf Paris hauptsächlich auf dem rechten Ufer, wo sie in einigen Augenblicken nahezu ihre sämtlichen Bomben abwarfen. Sie vernichteten dabei ziemlich

lam. — Während der Doktor in die Eke ging, um sich seines festlichen Anzuges zu entledigen, sah ich mich auf dem Tisch um und erblickte, halb von Tabaksdunst und angebranntem Fribibus bedeckt, ein Heft mit der Ueberschrift: Tagebuch des Doktor Burbus. Auch ich hatte einst Tagebücher führen müssen, ein Geschäft, das für mich zu den allergeringsten gehörte. Da sollte man lange Seiten voll schreiben über die Spaziergänge, die man gemacht, über das, was man in den verschlossenen Tagen alles gelernt usw. Da aber, offenerherzig gefanden, des Gelehrten bei mir eben nicht viel war, so füllte ich die meisten Seiten meines Tagebuches aus wie folgt: den 18. fiel nichts besonders Merkwürdiges vor. Ich war nun aber wirklich begierig, womit ein Mann von der Erfahrung und Gelehrsamkeit des Doktor Burbus seine Denksblätter gefüllt haben mochte. Nachdem ich ihn höflich um Erlaubnis gebeten, öffnete ich das Buch und war sehr erstaunt, als ich sah, daß es zum größten Teile aus unbeschriebenem Papier bestand. Ich meinte, es sei ein erst vor kurzer Zeit neu angefangenes Tagebuch, aber die Jahreszahl auf der ersten Seite zeigte mir, daß es wenigstens zehn Jahre alt war, und für die lange Zeit hatte der Doktor sehr wenig hineingeschrieben.

Unerwartet hatte der Doktor seinen grünen Samtrod wieder angezogen, und nachdem ich noch einen Blick hinübergeworfen hatte auf das reichhaltige Haus, verließen wir das Zimmer. Der Doktor wählte auf seiner Tafel die drei anheilbaren Patienten aus und wir eilten, zu meiner Großmutter, er in keinen Klub, wo ich, wie er verlicherte, die geistreichste Gesellschaft der ganzen Christenheit zusammenfand.

Familienrat.

Ich erreichte das Haus meiner Großmutter, als es gerade anfang dunkel zu werden. Auf der Straße wurden mit vielem Geräusch die Laternen herabgelassen, angezündet und wieder hinaufgezogen, ein Manöver, dem ich in meiner Kindheit immer mit großem Vergnügen zugehört. Als ich in den Laden meiner Tante trat, kam sie gerade mit einem Lichte aus der Stube und mußte, vom Schein geblendet, die Hand vor das Auge halten, um mich zu erkennen. Nicht ohne Herzklopfen, aber äußerlich ganz ruhig, bot ich ihr einen guten Abend und begab mich in das Zimmer der Großmutter, die eben damit beschäftigt war, einen großen grünen Schirm auf einer Lampe zu befestigen. Zu meiner großen Freude erblickte ich auch die Jungfer Schmiedin, die an der anderen Seite des Tisches saß und ein Stück Zeug vor sich ausgebreitet hatte, von dem sie mittels eines Papiermodells eifrig ein Stück herunterschnitt. Es war im Stübchen recht angenehm; auf unsere Dauchhammer wurde uns kein Holz mehr zum Einlegen geliefert, das es hart aufs Frühjahr losging; aber die Großmutter hatte im kühlen Abend ein Feuerchen anmachen lassen, welches das Zimmer behaglich erwärmte, und auf dem Feuer lagen einige Tefel, die anlingen zu braten und unter könnigem Knistern und Pfeifen einen angenehmen Duft verbreiteten.  
Die beiden Damen bemerkten mich anfangs gar nicht. Großmutter war in ihr Geschäft so vertieft, daß sie nicht einmal auf

Jungfer Schmiedin zu hören schien, die in leisen, sanften Worten etwas sprach, was ich nicht verstand. Aber es mochten fromme Betrachtungen sein, um welche sich die Unterhaltung drehte, denn als der Lichtschein befestigt war und die Großmutter die Brille auf ihre Nase gesetzt hatte, lehnte sie sich in ihren Stuhl zurück, schlug die Hände übereinander und sagte: „Ja, ja, Schmiedin, selig sind, die reines Herzens sind, denn sie werden Gott schauen.“ „Jetzt, dachte ich, ist es Zeit, und rich mit einem lauten: „Guten Abend, Großmutter!“ den Trauen der frommen Unterhaltung auf einmal entzweit.  
„So, du bist auch wieder einmal da?“ sagte die Frau und hob ihren Lichtschein in die Höhe, um mich anzusehen; die Schmiedin aber blühte freudig von ihrer Arbeit auf und lächelte mir herzlich zu, während sie mir einen Stuhl an den Tisch schob, auf dem ich mich zögernd niederließ. Es war mir gar nicht behaglich zumute; denn wenn ich mit dem herausrückte, was mich heute abend hergeführt, so unterbrach ich die feierliche Stimmung, in der sich beide Frauenzimmer befanden, doch auf eine gar zu unangenehme Art. Indessen schien die Großmutter sehr gut gelaunt, denn sie ätzerte anfangs keine Sprichwörter, sondern fragte lachend, ob ich dem klugen Gott Merkurus schon einiges von seinen Kniffen und Pfiffen abgelernt? Auch erkundigte sie sich nach dem Befinden des Herrn Reismehl und nach dem Wohlsein der Jungfer Barbara, wobei ich mit Freuden bemerkte, daß, wie sie diese Namen aussprach, die Schmiedin ein megereichendes bedrücktes Gesicht machte. „Aha, dachte ich bei mir, hier ist es an der Zeit, einen Kackanker auszuwerfen. Nachdem ich die Großmutter verließ, daß sich Herr Reismehl sehr wohl befände, legte ich hinzu: „Was aber die Jungfer Barbara betrifft, so ist es mir sehr gleichgültig, wie es ihr geht, denn, Großmutter, eine kochhaftere Person als sie können Sie sich nicht denken.“ Bei diesen letzten Worten sah ich die Schmiedin an; ihr Gesicht strahlte vor Freude.  
„Ja,“ fuhr ich fort und nahm einen Ton an, als sei mir das Weiden näher als das Lachen. „Ja, Jungfer Barbara quält mich den ganzen Tag und ich sag' es Ihnen gerade heraus, Großmutter, daß ich's bei Herrn Reismehl überdies länger aushalte.“ Die alte Frau war über meine plötzlich energische Aeußerung so erstaunt, daß sie mich eine Zeitlang ansah, ehe sie ein Wort sprechen konnte. Die Schmiedin aber fing leise an zu kicheln und konnte kaum die Worte hervorbringen: „O Gott, o Gott, Frau Pastorin, ich habe es Ihnen ja gesagt, ich habe es ja gesagt! Nur nicht in das Reismehlsche Haus, das schon von außen so finster und heimlich aussieht! Ach, der arme Södel!“ — „Ei was,“ entgegnete meine Großmutter, nachdem sie sich von ihrem Erstaunen erholt, „was, armer Södel! Ich bitt' Sie recht sehr, Jungfer Schmiedin, bestärkt Sie den Jungen nicht in seinen bosartigen Aeußerungen über eine so achtbare Person wie die Jungfer Barbara Reismehl!“ — „Achbare Person!“ jammerte die Schmiedin. „Ach, Frau Pastorin, ich könnte Ihnen eine Geschichte erzählen — doch ich schweige.“ legte sie hinzu. „Ja ich will schweigen und er soll erzählen, wie ihn die Jungfer Barbara behandelt.“



Gewerkschafts-Verordnung.

Sieben Mitglieder des Buchdruckerbundes als Reichstagsabgeordnete. Der Korrespondent für Deutschlands Buchdruckerberuf...

Arbeiterorganisation in der Fremde. Dem Belgischen Sozialisten wird aus London geschrieben, daß der von den hiesigen belgischen Metallarbeitern gegründete Verband...

Für un'rere Feldgrauen.

Urlaub zur Arbeit im fremden Betriebe. Wer Urlaub bekommt, um im fremden landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe zu arbeiten...

Längerer Urlaub zur Abfertigung von Präjiduren. In diesem Falle gibt es weder Verzugsgebühren noch Freizeithalt...

viele Menschenleben, besonders Frauen und Kinder. Zwei Hospitäler wurden getroffen und mehrere Gebäude durch Brände beschädigt.

Die Zahl der Verletzte infolge des Luftangriffes am Mittwoch ist jetzt bekannt: 36 Tote, darunter 22 in Paris und 14 in der nächsten Umgebung...

Allelei Kriegsnachrichten.

Finnland und Schweden.

Die Entwicklung der Ereignisse in Finnland wird in Schweden und namentlich in Stockholm mit größter Spannung verfolgt. Im schwedischen Bürgertum hat sich eine gewaltige aktivistische Bewegung entfaltet.

Am Freitag morgen ent- schied sich nach kurzer Krankheit unter lieber Vater Schmeiser- und Großvater der Mutter. August Kellmann im 85. Lebensjahre...

Photo-Skizzen. Verträge gegen Kabarett. Visit-Bilder. Postkarten, mod. Ausführung sowie Hochzeitsaufnahmen empfohlen.

Feldpostartenbriefe sind wieder vorrätig. Buchhandl. Fr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Kränze, Buketts und Girlanden. Fr. Schmidt. Bälowsstraße 11, Marll und Bernestraße 16 a, Holstenör. Ferasoracher 1113.

Juwelen- und Goldankaufswoch. Lübeck. Annahmestellen: Goldschmied G. Schwartzkopf, Breite Straße 73. Zenitale vom Roten Kreuz, St. Annenstraße 2.

Nachruf. Ich erhebt sich nach verachtlichem Leben die trauernden Seelen die mancher Gemüter das man lieber, berechneter Mann der Wohlthätigkeit...

Vertrag 2 Konfirmanden. Foto-Skizzen. Kaninchenzucht-Verein für Lübeck u. Umgegend von 1893. Ausgabe von Hen.

Ledersohle. Hansa. Ihre Sohlen werden einprägen. G. Grimm Nachf. Lederhandlung. Carl Folkers Möbelmagazin 25 Marlesgrube 25.

Hilfslosen-Gesellschaft. Montag, den 4. Februar 1918 6 1/2 Uhr, Abends. Theater für d. Jugend i. Marmorsaal d. Stadttheat. Sonntag, den 3. Februar nachmittags 4 Uhr.

Ausgekämmtes Frauenhaar pr. Pfd. 6 Mk. Alte Zeitungen, Journale u. Geschäftsbüch. Lissauer.

Vertrag 2 Konfirmanden. Verein der Bestattung-Übernehmer in Lübeck. Die dem Verein erschlossenen Mitglieder erwählen sich zur Übernahme von Erb- und Zerbekanntungen...

Much Dein Name gehört in die Liste der Zeichner für die Kaisergeburtstagspende R. A. Es gilt Danteschuld den Beschützern unserer Heimat abzutragen.

Hansa-Brauerei A.G. Lübeck. Trinkt Lübecker Vereins-Brau.

Dawaria-Brauerei. Hamburg. Einzigste Lizenz. Julius Scheber.

Praktischer Wegweiser. Heinrich Waller. Carl Rohde. Wälsch Rahficht.

August-Scheere. Mews Mühle, Mühlenthrak. Ratzeburger Aktien-Brauerei.